

Dichanz, Horst

Wer kontrolliert Amerikas Schulen? Zur pädagogischen und bildungspolitischen Bedeutung der "School Boards"

Die Deutsche Schule 82 (1990) 3, S. 323-334



Quellenangabe/ Reference:

Dichanz, Horst: "Wer kontrolliert Amerikas Schulen? Zur pädagogischen und bildungspolitischen Bedeutung der "School Boards" - In: Die Deutsche Schule 82 (1990) 3, S. 323-334 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-313184 - DOI: 10.25656/01:31318

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-313184>

<https://doi.org/10.25656/01:31318>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

82. Jahrgang / Heft 3 / 1990

Jochen Schweitzer

Abbruch, Umbruch oder Aufbruch?

Notizen zur Bildungslandschaft der DDR im Juni 1990

260

Die verwirrende Situation des Bildungswesens, wie sie sich seit dem Aufbruch eingestellt hat, weist viele Merkwürdigkeiten auf. Einige dieser Gleichzeitigkeiten von Ängsten und Hoffnungen, von Zögern und Wagen, von Ratlosigkeit und (Patent-) Lösungen werden hier schlaglichtartig zusammengetragen.

Jörg Schlömerkemper

Auf der Suche nach einem neuen Konsens

Über Kontinuität und Wandel im Bildungswesen der DDR

267

Mit den allgemeinen politischen Veränderungen haben auch die einzelnen Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens ihre Legitimation verloren. Diese neu zu gewinnen, kann zumindest im Bereich des Bildungswesens nicht gelingen, wenn zentral verbindliche Vorgaben regeln sollen, was vor Ort geschehen soll. Ein neuer Konsens kann nur in der konkreten Gestaltung eines überschaubaren pädagogischen Handlungsfeldes gefunden werden.

Arbeitsgruppe Bildungsreform

Thesen zur Bildungsreform in der DDR

Ein Diskussionsangebot

277

Aus den vielfältigen Diskussionen, die in der DDR nach der Öffnung der Denk- bzw. Redemauern geführt worden sind, hat eine Arbeitsgruppe der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) in der DDR ein „Diskussionsangebot“ erarbeitet, das ein wenig Struktur in diese Vielfalt bringen und die Reform des Bildungswesens vorantreiben sollte. Wir dokumentieren dieses Angebot als einen der vielen Versuche, die das zu Überwindende und das Bewahrenswerte sondieren wollten.

Jan Hofmann und Helmut Soder

Einerseits und andererseits und außerdem

Kritische Betrachtungen zu den Thesen zur Bildungsreform der DDR
vom März 1990 283

Es konnte nicht erwartet werden, daß ein „Diskussionsangebot“, das in der APW, also einem bisher dem Staatsapparat der DDR untergeordneten Institut, erarbeitet worden ist, ohne Widerspruch bleiben würde. Auch eine solche, vielleicht eher polemisch geratene Stimme soll hier dokumentiert werden.

Elisabeth Fuhrmann

Anforderungen an guten Unterricht heute und morgen

Überlegungen zur Veränderung und Verbesserung der Qualität des Lehrens und Lernens 289

Es dürfte relativ einfach sein, die bisherige Situation der Schule in der DDR zu kritisieren und auf prinzipieller Ebene zu formulieren, was anders werden müßte. Schwieriger dürfte es sein, jene konkreten Momente eines guten Unterrichts zu benennen, die das Bewahrenswerte weiterführen und die neuen Zielsetzungen umsetzen. Dieser Beitrag versucht eine Lösung.

Hildegard Maria Nickel

Die Sozialisation der Geschlechter in der DDR

Thesen zu den Unterschieden zwischen Jungen und Mädchen in Schule und Beruf 302

Überraschend ist an diesem Beitrag weniger, daß auf Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen hingewiesen wird, sondern daß dies für eine Gesellschaft getan wird, die sich die Gleichheit von Männern und Frauen in programmatischer Weise zum Ziel gesetzt hatte.

Christa Händle und Wolfgang Nitsch

Lehrerbildung im kollegialen Netzwerk

306

Seit den 60er Jahren sind nicht nur in der Bundesrepublik soziostrukturelle Wandlungen eingetreten, die den Lernort Schule vor völlig neue Aufgaben stellen. Dies erfordert eine sozial- und kulturpädagogische Erneuerung der Schule, die nur in enger Zusammenarbeit von Pädagogen und Pädagoginnen aus Schule und Hochschule, aus Praxis und Forschung geleistet werden kann. Unter dieser Perspektive müßte es fatal erscheinen, wenn in der DDR die integrierte Lehrerbildung aufgehoben werden sollte.

Roland Richter

Der schwere Weg zum Abitur

Selektion und Wettbewerb im französischen Schulwesen 313

Wenn es schon für einheimische Eltern und Schüler schwer ist, sich im „Dschungel“ des französischen Schulwesens und seiner Berechtigungen zurechtzufinden, so gilt das erst recht für den außenstehenden Beobachter, der sich fragt, wie die Vielfalt nationaler Schulformen und Bildungswege in ein gesamteuropäisches Berechtigungswesen integriert werden könnte. Diese Studie informiert über das gegenwärtige Spektrum französischer Abiturprofile und illustriert die Schulwahlprobleme französischer Eltern und Schüler am Beispiel des 12. Pariser Arrondissements.

Horst Dichanz

Wer kontrolliert Amerikas Schulen?

Zur pädagogischen und bildungspolitischen Bedeutung der „School Boards“ 323

Nicht nur das französische, auch das US-amerikanische Schulwesen ist hierzulande immer noch ziemlich unbekannt (vgl. DDS 1985/H. 2 und 1987/H. 1). Der Verfasser gibt aus eigener Erfahrung Einblicke in die Arbeit der amerikanischen „School Boards“, beschreibt ihre Zusammensetzung und ihre Aufgaben an unterschiedlichen Beispielen und veranschaulicht so die Vorzüge einer dezentralen Schulverwaltung, die sich nicht an einem traditionellen „System“, sondern an ad hoc gegebenen Handlungsmöglichkeiten flexibel orientiert.

Sigrid Luchtenberg

Zweisprachigkeit im Interkulturellen Lernen

335

Zweisprachigkeit ist kein Thema, das in einigen Unterrichtseinheiten „abgehakt“ werden kann, sondern das – den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechend – im Klassenzimmer und im Schulleben dauerhaft präsent sein muß. Was diese These unterrichtspraktisch bedeutet, wird von der Verfasserin anschaulich und perspektivenreich vermittelt.

Günter Schreiner

Nach Tschernobyl

Einstellungen von Jugendlichen zur zivilen Nutzung der Kernenergie 344

Wie stark fühlen sich Jugendliche von Kernkraftwerken bedroht? Welche Stellung beziehen sie im öffentlichen Meinungsstreit um die Nutzung der Kernenergie? Haben sie sich drei Jahre nach Tschernobyl mit dem „Restrisiko“ arrangiert? Im Anschluß an Heft 1/1990 (S. 95 ff.) berichtet der Verfasser über die Ergebnisse einer Fragebogenerhebung, die zu unterrichtspraktischen Konsequenzen anregen.

Manfred Bönsch

Wochenplanarbeit – eine Form offenen Unterrichts

358

Dieser Beitrag grenzt die Wochenplanarbeit deutlich von dem Konzept der „Freien Arbeit“ ab (vgl. DDS 4/89) und zeigt sehr anschaulich, wie wichtig didaktische Planungsvorgaben sind, damit die Schüler kreativ und selbständig zu arbeiten lernen.

Nachrichten und Meinungen

368

- Die eine Seite der Medaille
- Abrechnung
- Täuschungen
- Unsicherheiten
- Programme
- Erinnerung an Heinrich Deiters
- Frühere Beiträge in der „Deutschen Schule“ zum Bildungswesen in der DDR
- Vision Europa
- Überalterung
- Selbstverantwortliches Lernen
- Planungshilfen

Horst Dichanz

Wer kontrolliert Amerikas Schulen?

Zur pädagogischen und bildungspolitischen Bedeutung der „School Boards“

1. Zur Verfassungslage

Wer bei uns wissen möchte, wer für die Schulaufsicht zuständig ist, findet im Grundgesetz wichtige Hinweise: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“ (Art. 7.1). „Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen“ (7.4). Weitere Einzelheiten finden sich in den jeweiligen Landesgesetzen.

In den USA hat man Mühe, derartige Regelungen in der Constitution der Vereinigten Staaten oder in den Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten zu finden. Weder in der Declaration von 1776 noch in der Constitution of the United States von 1787 findet sich ein Artikel, der etwas über Schulen oder Erziehung aussagt. Lediglich ein Satz der Declaration of Independence, der die menschlichen Grundrechte beschreibt, wird immer wieder für Interpretationen über die Zuständigkeit für Schulfragen herangezogen.

„Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen und von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, wozu das Recht auf Leben und Freiheit und das Streben nach Glück gehören“ (Declaration, 1776).

Eine Verfassungsergänzung (10th Amendment) von 1791 stellt daran anschließend klar:

„Alle Macht, die nicht ausdrücklich durch die Verfassung an die Regierung der Vereinigten Staaten delegiert ist oder von dieser den Bundesstaaten entzogen, bleibt in Händen der Bundesstaaten bzw. direkt beim Volk.“ Aus dieser Verfassungsergänzung haben die einzelnen Bundesstaaten ihre Konsequenzen gezogen und eigene Verfassungsformulierungen für das öffentliche Schulwesen entwickelt. So heißt es in der Verfassung des Bundesstaates Californien von 1879:

„Die Legislative soll ein System öffentlicher Schulen schaffen, durch das eine freie Schule in jedem Distrikt unterhalten und gefördert wird für wenigstens 6 Monate/Jahr, ab dem Jahr, nachdem eine Schule eröffnet wurde“ (Art. IX, Sec. 5).

Die Verfassung von Virginia von 1971 sichert

„. . . ein System freier öffentlicher Grund- und Elementarschulen für alle Kinder im Schulalter innerhalb des Commonwealth, und soll sich darum bemühen, ein qualitativ hochwertiges Schulprogramm zu errichten und dauerhaft zu betreiben . . .

Es sollen Qualitätsmerkmale für die verschiedensten Schulabteilungen

bestimmt und immer wieder vom Board of Education bestätigt werden, die nur vom Repräsentantenhaus verändert werden können“ (Art. VIII, Sec. 1, Sec. 2).

Sie legt außerdem fest, daß die Schulaufsicht der öffentlichen Schulen einem Board of Education obliegt, dem 9 Mitglieder angehören. Sie werden vom State Governor ernannt und vom Parlament bestätigt.

Die in diesen Gesetzen festgelegten School Boards wurden schon früh zu einem wichtigen Gestaltungselement des Schulwesens in den USA. Sie übten schulpolitischen Einfluß aus, wirkten als feste Klammer zur jeweiligen politischen Gemeinde und waren Ausdruck des öffentlichen Interesses am Schulwesen. Im Bundesstaat Massachusetts entstand 1837 unter Mitwirkung von Horace Mann das erste State Board of Education.

„Wenn es so etwas (das School Board, H. D.) nicht geben würde, müßte man eine vergleichbare Institution schaffen, die die Schulpolitik umsetzt, wie sie im Bundesstaat oder durch die Zentralregierung entwickelt wird“ (Selakovich, 111).

2. Entwicklung und Aufgaben der School Boards

Ähnlich wie in Europa waren in den USA die ersten schulähnlichen Institutionen private Gründungen, die auf Initiative einer Siedlergemeinschaft, einer Kirchengemeinde, eines Priesters oder anderen Personen entstanden. In der Periode des frühen Settlement wurden die Kinder in den Dorfschulen von den „school mam’s“ beaufsichtigt und in Lesen und Schreiben sowie in der Religionsausübung der jeweiligen Gemeinde unterrichtet. Eine formalisierte „Schulaufsicht“ gab es nicht, sie war auch wegen der engen sozialen Kontrolle in den Gemeinden überflüssig. Eine wichtige Rolle spielten aber die „patrons“, eine Art von „Gemeindeältesten“, die bedeutende Meinungsträger waren und den politischen Alltag regulieren halfen. Die Beaufsichtigung der Schulen war für sie aber eine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung.

Dies änderte sich erst, als sich der Bundesstaat Massachusetts entschloß, ein öffentliches Elementarschulwesen einzurichten. Mit dem Gesetz von 1837 wurde das erste Board of Education eingerichtet, dem nun der Aufbau und die Aufsicht der Schulen in Massachusetts oblag.

Damals ahnte noch niemand, daß damit der Grundstein für eine Institution gelegt war, die bis heute dafür sorgt, daß das amerikanische Schulsystem seinen demokratischen Auftrag erfüllt, den Einzelnen zu fördern und „gute Bürger“ zu erziehen. Generell kommt den School Boards die Aufgabe des „policy making“ zu, während die Schulverwaltung die Beschlüsse des School Board auszuführen hat. Der Blick in die Tagesordnungen einiger School Board-Sitzungen in verschiedenen Schulbezirken unterschiedlicher Bundesstaaten verdeutlicht dies.

2.1 Shorewood/Wisconsin

Zum Shorewood-School Board gehören 5 Mitglieder: ein Journalist, ein Rechtsanwalt, ein Universitätsprofessor, der Direktor eines Finanzierungsunternehmens und eine Hausfrau, die den Vorsitz führt. Dieses School

Board betreut und überwacht insgesamt 2 Grundschulen (1.– 6. Klasse), eine Middle School (7.– 8. Klasse) und eine High School mit insgesamt 2028 Schülern/Schülerinnen, 131 Lehrern/Lehrerinnen und 30 Personen Hilfspersonal, einen eher kleinen Schulbezirk. 1984 verbrauchte er einen Haushalt von 7.686 Mill. \$, von denen ca. 70 000 \$ aus Washington kamen, 1,1 Mill. vom Bundesstaat Wisconsin, den Rest von rund 6.4 Mill. mußten die Bürger von Shorewood über ihre Grundsteuer selbst aufbringen. In dieser Sitzung stehen außer den üblichen Regularien folgende Beratungspunkte auf der Tagesordnung:

- Bericht des Superintendenten Dr. Barbara G.,
- Outdoor-Activities der Middle School,
- Anstellung eines neuen Musiklehrers für die Middle School/High School,
- Antrag eines Lehrers der High School auf Einrichtung eines Grundkurses „Technische Grundausbildung“.

Die Beratung verläuft zügig und kontrolliert, oft auch recht formell. Man merkt der Vorsitzenden ihre langjährige Routine an. Der Ton der School Board-Mitglieder gegenüber dem Lehrer, der Superintendentin und den Mitarbeitern der Schulverwaltung ist freundlich, aber bestimmt und selbstbewußt. So muß sich der Lehrer eine längere, intensive Befragung über Ziele und besondere Aufgaben seines Technikkurses durch den Journalisten gefallen lassen, bis das School Board schließlich seinem Antrag und der Anschaffung einiger technischer Geräte zustimmt. Auch das Outdoor-Activity-Programm der Middle School wird genehmigt, wohingegen das School Board mit den bisherigen Ergebnissen der Suche nach einem Musiklehrer nicht zufrieden ist und der Schulverwaltung gegenüber deutlich sein Mißfallen ausspricht.

Das School Board bestimmt die Richtlinien der Schulpolitik, die Schulverwaltung hat sie auszuführen!

In zwei Wochen ist die nächste Sitzung . . .

2.2 *Orange County/California*

Im School Board des Orange County District südlich von Los Angeles sitzen 5 Mitglieder, 3 davon sind weiblich. Mit rd. 350 000 Schülern/Schülerinnen, 16 000 Lehrern/Lehrerinnen und einem Haushaltsvolumen von 1.338 Mrd. \$ ist Orange County ein mittelgroßer Schuldistrikt.

Das besondere Ereignis der heutigen Sitzung ist der Auftritt des Orange-County-Youth-Honor-Choir, in dem sich die 25 besten Schüler dem School Board vorstellen, die bei einem Leistungswettbewerb der Sekundarschulen die erfolgreichsten waren. Festtagskleidung bis zum langen Abendkleid und Frack bei den 17- bis 18jährigen Schülern/Schülerinnen unterstützen in ihrer Wirkung die feierlichen Worte des School Board-Vorsitzenden, der die Schüler/Schülerinnen und ihre Eltern zu dem Leistungserfolg beglückwünscht. „Wir, die School-Board-Mitglieder, sind stolz auf Euch und Eure Leistungen.“

Danach: wichtige Sachpunkte und Personalfragen wurden Board-Mitgliedern im Umlaufverfahren bekanntgegeben, über sie wird ohne Diskussion abgestimmt. Schließlich folgt ein Berichtsteil:

- Eine Lehrerin berichtet über ein Sonderpädagogik-Programm für lernbehinderte Schüler und seine Erfolge.
 - Ein Lehrer führt die zahlreichen Exkursionen in Verbindung mit Berufsfindungsmaßnahmen auf, die ausnahmslos von örtlichen Firmen personell und finanziell unterstützt werden.
 - Danach nimmt das School Board die zahlreichen Spenden und Preise für innerschulische Wettbewerbe zur Kenntnis:
 - * 1000-\$-Preis vom Rotary-Club für einen Lesewettbewerb,
 - * 500-\$-Preise eines anderen Clubs zur Unterstützung von Hörgeschädigten-Programmen,
 - * 1 Computer-Set für den Computerkurs einer High School,
 - * 500-\$-Preis eines Freundeskreises für die Gefängnisschule.
- Auch hier findet die nächste Sitzung in 2 Wochen statt.

2.3 Los Angeles City/California

Der Los Angeles Unified School District ist mit 825 einzelnen Schulen, 595000 Schülern/Schülerinnen und ca. 33000 Lehrer/Lehrerinnen der größte Schulbezirk in ganz Kalifornien (1988). Die 7 Board-Mitglieder, 5 davon sind Frauen – die „Minderheiten“ sind durch ein schwarzes, ein spanisch sprechendes und ein „asiatisches“ Mitglied vertreten – haben fast so viel zu tun wie der Superintendent und seine Stellvertreter in der Schulverwaltung. Im Jahr 88/89 war ein Etat von 3,46 Mrd. \$ zu verwalten. Die Präsidentin, die im Privatberuf eine Talkshow im LA-TV moderiert, bezeichnet ihre Tätigkeit im School Board als „half-time-job“, für den sie eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines mittleren Lehrereinkommens erhält. Zur festen Tagesordnung gehören u. a. das „Pledge of Allegiance“ (Treuegelöbnis)* sowie die „School Presentation“. Hierbei wird heute ein neunjähriger schwarzer Schüler vorgestellt, Gewinner bei einem Vorlesewettbewerb, der hinter einem Rednerpult, auf einer Fußbank stehend, selbstsicher und frei auf die Fragen des Gremiums antwortet.

Der nächste Tagesordnungspunkt macht klar, warum in den Zuschauerbänken zahlreiche Personen im roten T-Shirt mit dem Aufdruck „LATA“ sitzen und die lokalen Medien reichlich vertreten sind. Lehrer, Mitglieder der Los-Angeles-Teachers-Association (LATA), wollen durch ihre Anwesenheit ihre Gehaltsforderungen unterstützen. Nachdem die Verwaltung ihren Vorschlag einer rd. 7%igen Gehaltserhöhung dargestellt hat, wird die Vorlage heftig öffentlich diskutiert. Zwischen den Forderungen der Lehrergewerkschaft von rd. 20% und dem Angebot der Verwaltung ist heute keine Einigung zu erzielen. Deutlich werden in der Beratung die kontroversen Positionen der Mitglieder des School Board, von denen einige der LATA offensichtlich sehr nahe stehen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist weniger kontrovers. Die Verwaltung legt einen auf 5 Jahre ausgelegten „Master plan“ zur Erhaltung und Pflege der Schulgebäude in Down Town Los Angeles vor. Wer bis dahin noch nicht glauben wollte, daß dieser riesige innerstädtische Schulbezirk von vielen Fachleuten bereits für „unregierbar“ gehalten wird, dem wird dies

spätestens jetzt klar: Die Anzahl der zu erhaltenden Gebäude und damit der jährlich zu leistende Kostenaufwand sind unglaublich groß.

Es ist verständlich, daß das School Board angesichts der Größe des Distrikts sich nur mit Leitlinien befassen kann. Gleichwohl ist sein Engagement überzeugend: Nur 3 der Mitglieder sind zum ersten Mal Mitglieder des Board, 2 waren schon in der letzten Wahlperiode dabei, zwei weitere, darunter die derzeitige Präsidentin, machen ihre 3. Runde.

Das School Board des Los Angeles Unified School District tagt bereits in einer Woche wieder.

Die Betrachtung der Beratungsgegenstände der School Boards wird Erstaunen wecken: Der Umfang der Tagesordnungspunkte, ihr bildungspolitisches und finanzpolitisches Gewicht, die Einmischung in das unmittelbare schulische Tagesgeschäft usw. sind so unterschiedlich, daß man sich fragt, ob diese verschiedenen Gremien aufgrund gleicher Gesetze arbeiten. Dies ist weitgehend der Fall. Die jeweiligen State Constitutions der einzelnen Bundesstaaten stecken einen groben Rahmen für die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der City bzw. District School Boards ab. Weitere Einzelheiten werden von den jeweiligen örtlichen oder Regionalparlamenten bestimmt. Ein entscheidendes Merkmal für die Tätigkeit der School Boards ist die Größe des jeweiligen School District. So gibt es School Boards, die gerade eine Schule zu beaufsichtigen haben, auf der anderen Seite existieren Riesendistrikte wie z. B. der von Los Angeles, die kaum noch zu übersehen und in Einzelentwicklungen zu verfolgen sind.

Dabei wurde die Anzahl der School Districts seit dem 2. Weltkrieg bereits erheblich reduziert: von ursprünglich 117000 ist die Zahl durch Veränderung der Bezirksgrenzen z. Z. auf ca. 17000 Distrikte reduziert worden. Zwar ist dadurch die Schulszene insgesamt übersichtlicher geworden, Aktivitäten von School Boards und Schulverwaltungen lassen sich leichter verfolgen, trotzdem liegen die Extrema der Schulpolitik oft weit auseinander. Gründe hierfür sind nicht nur die unterschiedlichen Größen der School Districts, sondern andere, die Schulpolitik überlagernden Merkmale der Bevölkerung.

3. Merkmale der Mitglieder von School Boards

Seit 1978 veröffentlicht die bereits seit 1891 bestehende Zeitschrift „The American School Board Journal“ jährlich eine Untersuchung zur soziologischen Struktur der School Boards. In der ersten Untersuchung beantwortete sie die Frage nach dem typischen Boardmitglied so: „. . . school board members accurately can be labeled as suburban, white, middle or upper-middle-class, and middle-aged“ (ASBJ 1978, Oct., S. 23).

An diesen Merkmalen hat sich bis heute nur wenig geändert.

Der Altersschwerpunkt der Board-Mitglieder liegt bei den 40- bis 49jährigen (1988: 44,3%), aktiv sind auch die 30- bis 39jährigen (21,2%), gefolgt von den 50- bis 59jährigen (17,2%) und den über 60jährigen (10,9%). Jüngere Mitglieder zwischen 20 und 29 Jahren sind nur mit 5,1% vertreten. In den Schoolboards sind die Männer mit 61% überrepräsentiert (Frauen 39%). Auch die ethnische Verteilung spiegelt keineswegs den Querschnitt der

amerikanischen Gesellschaft, sondern das Übergewicht der weißen Mittelklasse wider. 94,4% (1987) der Board-Mitglieder sind Weiße, nur 3,6% Schwarze und 1,5% Hispanics. Die indianischen Amerikaner, Asiaten u. a. bleiben zusammen (!) unter 0,5%.

Die Vorbildung der Board-Mitglieder hat sich in den letzten 10 Jahren weiter nach oben verschoben. 1976 blickten 20,8% von ihnen auf einen 1- bis 3jährigen Collegebesuch zurück, 1988 waren es 32,8%. Einen Collegeabschluß (4 Jahre) konnten 1976 56%, 1988 68,2% vorweisen.

Bemerkenswert ist auch der starke Überhang protestantischer Mitglieder, die 1976 gut 70% der Board-Mitglieder stellen, während Katholiken 16% ausmachten. Alle übrigen Glaubensgruppierungen machten zusammen nur 13% aus. Auch das Einkommensspektrum der Mitglieder ist im letzten Jahrzehnt weit nach oben gerutscht. 85% (1987) von ihnen verdienen mehr, als die durchschnittliche amerikanische Familie zur Verfügung hatte.

Art des Schulbezirks	1981	1988
Suburban	32	29
Small town	28	26.1
Rural	27	28.7
Urban	13	10.8

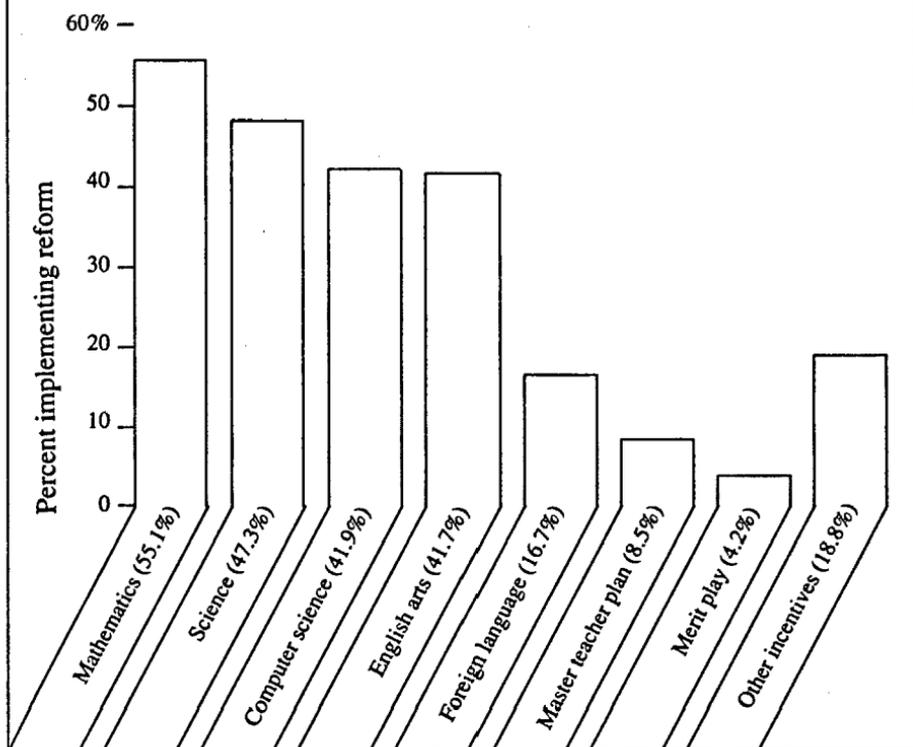
Die Schlagzeile der jüngsten Untersuchung von 1988 faßt diese Merkmale knapp und treffend zusammen:

„Das typische Mitglied des School Board: immer noch weiß, männlich, in den Vierzigern und wohlhabend“ (ASBJ 1989, Jan., S. 21).

Vital statistics			
Here's quick look at the "typical" U.S. school board member, circa 1988:			
Sex	male	Family income	\$ 40000 to \$ 549,9
Age	41 to 50 years	Home ownership	owns his own hon
Race	white	Type of community	suburban or rural
Marital status	married	School system enrollment	1,000 to 4,999
Children in school	one or two	Years on school board	one to four
Education	college graduate	Number of board members	seven to eight
Occupation	professional or managerial	Method of selection	election

Was diese Verankerung der School Boards im mittleren bis oberen Bereich der amerikanischen Mittelschicht bedeutet, geht u. a. aus einer Übersicht der Themen hervor, die von School-Board-Mitgliedern in den Befragungen als Hauptproblembereich genannt wurden.

Reforms you've made



Es ist unmöglich, über die Vielzahl der in den einzelnen Jahresuntersuchungen erhobenen Fragen im Detail zu berichten. Aus deutscher Sicht dürften noch folgende Daten besonders interessant sein:

- 1978 ist der Widerstand der Board-Mitglieder gegen einen verstärkten Einfluß des Bundes groß (dagegen: 84,5% der Männer; 79,9% der Frauen), 1988, unter dem Eindruck wachsender Finanzprobleme, schwächt sich dieser Widerstand ab.
- Etwas mehr als ein Drittel der befragten Board-Mitglieder befürwortet 1978 eine einheitliche nationale Abschlußprüfung zur Erlangung des High-School-Abgangszeugnisses (diploma) (dafür: 40,7% d.M.; 38,7% d.F.). 1988 ist dieser Prozentsatz angesichts der z. T. scharfen Kritik an den Leistungen der Schulen und Schüler und einer generellen Verschärfung der Schulanforderungen deutlich gestiegen.
- Mit Beginn der 80er Jahre befürworten immer mehr Board-Mitglieder eine Ausdehnung beruflicher Schulbildung. Sie fragen aber nach geeigneten Finanzquellen und wollen nicht die Etats für die allgemeine Bildung kürzen.
- Eine Computergrundausbildung („... knowledge of how computers work and hands-on experience with computers . . .“) befürworten 1984

Biggest Problems facing the school boards

	(in rank)	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
collective bargaining by teachers	1*	29.7	28.4	9			9.00**	29.3*	22.7	19.9	15.0
declining enrollment	2*	39.0	38.8	25	20.0	50.2	39.8	33.7	27.4	17.1	20.3
curriculum reforms/development	3*	23.2	15.9	6				3.5**	19.7*	34.6	29.0
discipline	4*	22.8	18.4	3	6.2	13.0	9.8	8.4			
cutting programs to balance budget	5*	24.9	24.4								
public apathy/parents' lack of interest	6*	17.3	10.5	4	12.6	35.5	32.9	27.5	19.6	15.7	18.6
high cost of energy	7*	19.9	32.1	5							
(steady or)declining tax base/ lack of financial support	8*	18.8	19.4	14	23.4	60.6	62.6	54.6	51.4	40.3	43.6
coping with accountability	9*	10.1	5.7								
outmoded facilities	10*	15.3	10.5	5			3.8**	3.5**	21.7	29.5	28.8
federal interference/ state mandates	11*	19.3	15.1	4				5.0**	42.2*	33.3	38.0
cutting staff to balance budget	12*	17.7	15.9	13							
teacher militancy	13*	7.2	5.7								
drug abuse	14*	9.6	8.4		8.6	15.8	15.7	15.9	10.4	16.5	23.2
(new)legal rights of students	15*	2.9	3.1	0							
desegregation/integration/busing	16*	2.4	1.8	1	1.4	1.4	2.5	2.9	2.2	2.6	2.8
other		19.9*	12.7	2							
staff evaluation/finding good teachers			18.9*	8	5.8	23.9	21.7	20.3	14.5	8.7	6.9
communications			12.5*								
testing pupil achievement/ poor curriculum/poor standards				1*	4.2	15.4	18.7	8.1	3.6	2.6	2.5
disrespect for students/teachers					4.3*	11.5	9.1	8.9	7.9	3.3	4.0
teachers' lack of interest					5.3*	18.6	16.3	13.1			
pupils' lack of interest/truancy					4.0*	12.8	8.6	7.2	7.1	5.1	7.3
large schools/overcrowding					2.3*	5.1	7.3	8.9	6.9	8.2	10.2
crime/vandalism					1.9*	4.5	1.6	2.2	1.8	1.0	1.6
management/leadership								4.7**	25.7*	16.1	26.3
politics								3.7**			
(teacher)personnel relations								5.4**	11.4*	12.1	10.2

*= neu in den Fragenkatalog aufgenommen

**= von den Befragten unter dem Punkt "other" genannt

Leerstellen kennzeichnen keine Erhebung in dem Jahr

Umfrage von 1978 veröffentlicht im Oktober 1978

Umfragen ab 1979 veröffentlicht im Januar des folgenden Jahres

rd. 95% der Befragten.

- Seit 1984 berichten zahlreiche Befragte über eine deutliche Verschärfung der Anforderungen in ihrem Schulbezirk (vgl. Abb. ASBJ 1985, 28).

Das Diagramm auf S. 330 zeigt Veränderungen der Schulprobleme in den Schuldistrikts in Prozent.

- Obwohl 1988 95,1% der Board-Mitglieder eine „AIDS education“ durch die Schulen für erforderlich halten, müssen ca. 50% zugestehen, daß ihr School Board keine Vorstellungen darüber hat, wie Schulen damit umgehen sollen.
- Der ständig wachsende Anteil der Frauen (1972: 12%; 1987: 39%) hat die Arbeit der School Boards nicht signifikant verändert. Bei generell gleichen Ansichten und Beurteilungen werden nur die folgenden Unterschiede genannt:
 „. . . allgemein haben sich die weiblichen Mitglieder besser zu Hause vorbereitet . . .“
 „Sie kümmern sich mehr um die Belange der Schüler und des Kollegiums“ (ASBJ 1987, Jan., S. 23).

Im großen und ganzen beurteilen männliche und weibliche Board-Mitglieder Schulprobleme sehr ähnlich. Frauen gehen an einige Problemfelder, z. B. Disziplin, Verwaltungsaufgaben, aber etwas strenger heran als ihre männlichen Kollegen.

Seit Beginn der Befragungen hat das ASBJ seine Ergebnisse den Daten einer Untersuchung gegenübergestellt, in der seit nunmehr 22 Jahren die amerikanische Öffentlichkeit über ihre Meinung zum Schulwesen befragt wird: den „Gallup Polls of the Public's Attitudes Toward the Public Schools“ (vgl. Dichanz, 1989). Diese Gegenüberstellung möchte ich nur für 1988 wiedergeben:

Aktuelle Probleme:			
Board-Mitglieder im Vergleich zur Öffentlichkeit			
Journal-Virginia Tech Survey (Umfrage im Auftrage des ASBJ)		Gallup Poll (Jährliche Umfrage des Gallup-Institute)	
Concerns	Totals — %	Concerns	Totals — %
Lack of financial support	43.6	Use of drugs	32
State mandates	38.0	Lack of discipline	19
Curriculum development	29.0	Lack of proper financial support	12
Facilities	28.8	Difficulty getting good teachers	11
Use of drugs	23.2	Poor curriculum/poor standards	11
Declining enrollment	20.3	Parents' lack of interest	7
Management/leadership	20.2	Moral standards	6
Parents' lack of interest	18.6	Large schools/overcrowding	6
Collective bargaining	15.0	Pupils' lack of interest/truancy	5
Large schools/overcrowding	10.2	Drinking/alcoholism	5
Personnel relations	10.2	Low teacher pay	4
Pupils' lack of interest/truancy	7.3	Integration/busing	4
Finding good teachers	6.9	Teachers' lack of interest	3
Disrespect for students/teachers	4.0	Crime/vandalism	3
Integration/busing	2.8	Lack of needed teachers	2
Poor curriculum/poor standards	2.5	Lack of respect for teachers/other students	2
Crime/vandalism	1.6	Fighting	1

Eine intensive Interpretation der leicht erkennbaren Unterschiede der Ergebnisse beider Befragungen würde die sorgfältige Entwicklung von Kriterien und Beurteilungssystemen erfordern, die in den Befragensamples präsent sind. Dies ist hier nicht möglich. Immerhin ist bei auch nur grober Betrachtung der Ergebnisse erkennbar, daß die von Board-Mitgliedern genannten Hauptprobleme „professioneller Art“ sind, d. h. mit der Tätigkeit im School Board zu tun haben, während zumindest einige der von der Öffentlichkeit gegebenen Antworten über den Bereich der Schule hinausgehen und als gesellschaftliche Probleme betrachtet werden müssen (Drogen, Disziplin, Moral, Alkoholismus . . .).

4. School-Board-Politik und Parteien

Besonders kennzeichnend für die Arbeit der amerikanischen School Boards ist ihre geringe Verbindung zu den politischen Parteien. „Nur 7,9% von ihnen (den Board-Mitgliedern, H. D.) kandidierten als Mitglieder einer politischen Partei, und weitere 6,9% bewarben sich auf einer Liste von Kandidaten“ (ASBJ 1988, 1, S. 18).

Andere Befragungen und Untersuchungen sowie zahlreiche persönliche Beobachtungen und Gespräche bestätigen übereinstimmend: Die Mitglieder der School Boards haben mit Parteipolitik so gut wie nichts im Sinn, und auch die Parteien sind an der örtlichen Schulpolitik selten interessiert.

Dies ist bereits bei den Wahlverfahren erkennbar. Die meisten Interessenten bewerben sich als unabhängige Persönlichkeiten. Sie organisieren und finanzieren (!) ihre campaigns selbst. Dabei geht es durchaus um größere Summen: in einem mittelgroßen Schulbezirk können sich die Kosten auf 10000–20000 \$ belaufen, wogegen der Wahlkampf für das School Board in Los Angeles City leicht 150000 \$ verschlingen kann, Kosten, die zu einem erheblichen Teil von den Kandidaten selbst aufzubringen sind. Gelegentlich werden sie durch parteilich unabhängige Gruppen unterstützt.

Welche Motive haben Personen, sich um einen Sitz im School Board zu bewerben?

Die fünf wichtigsten Motive für eine Board-Mitarbeit sind:

1. Wahrnehmung bürgerlicher Pflichten (66%),
2. Steigerung der schulischen Anforderungen (53,4%),
3. Verbesserung der Schulbildung des eigenen Kindes (40,3%),
4. Erhöhung der Verantwortung der Schulen (39,7%),
5. Verbesserung der finanziellen Versorgung der Schulen (31,7%).

Außerdem bewarb sich ein gutes Viertel um einen Sitz im School Board in der Absicht, das Kursangebot zu verändern – eine Sorge, die für Board-Mitglieder zunehmend wichtiger wird“ (ASBJ Jan. 1988, 18).

Meist werden Bewerber von anderen motiviert, sich an der Wahl zu beteiligen. In nur ganz wenigen Fällen ist die Mitgliedschaft in einem School Board der erste Schritt für eine weitere politische Karriere. Umgekehrt gibt es aber zahlreiche Fälle, in denen die School-Board-Tätigkeit die Konsequenz aus vorherigem Engagement ist. 52,2% waren vorher in einer Parent-Teacher-Organisation (PTA) tätig, 36,9% haben sich als freiwillige Helfer in

der Schule betätigt, und 35,2% waren Mitglieder eines Schulbeirates (1987). Typisch für School-Board-Mitglieder ist auch ihr sonstiges öffentliches Engagement. Zwei Drittel von ihnen sind in anderen Bürgerorganisationen und Clubs tätig (Lion's, Rotary, Red Cross, Chamber of Commerce, . . .). Sofern es eine Parteienbindung gibt, die aber bei der Board-Arbeit ohne Bedeutung bleibt, ist das Engagement ziemlich ausgeglichen: 14,7% kommen aus dem Lager der Republikaner, 14,4% aus dem der Demokraten. Diese geringe Parteienbindung ist konsequent. Denn nur ein Viertel der Mitglieder fühlt und versteht sich als „Delegierter“, 68,3% sehen sich eher als Treuhänder (trustee). Das persönliche Engagement ist ein hinreichendes Motiv: fast 50% der Board-Mitglieder sind zu einer zweiten Kandidatur bereit.

5. Fragen aus komparatistischer Sicht

Eine Darstellung der Arbeit der School Boards in den USA ist nicht nur deshalb interessant, weil diese anders arbeiten als unsere Schulausschüsse. Natürlich taucht die Frage auf, ob die Funktion der School Boards für unser ebenfalls föderalistisches System Vorbild, Modell sein könnte, sie ist aber kurzsichtig und voreilig gestellt, weil die Schulsysteme viel zu unterschiedlich sind. Ergiebiger sind da schon Fragen, die auf Vor- und Nachteile eines zentral bzw. dezentral organisierten Schulwesens zielen. Hier zeigt die Arbeit der School Boards, daß eine lokale Orientierung der Schulpolitik zumindest nicht risikoreicher ist als eine überregionale zentrale Organisation. Für die z. Zt. in der BRD einsetzende Diskussion um eine Öffnung der Schule (vgl. Rolff 1989) enthält die Betrachtung der amerikanischen School Boards in der Region manche Anregungen. Sie belegen anschaulich die Vorteile eines Schulverständnisses, das nicht an überkommenen, fixierten „Systemen“ festhält, sondern sich an definierten Aufgaben und überschaubaren Handlungsmöglichkeiten flexibel orientiert.

Die Umfragen des ASBJ zeigen, daß die Finanzierung der Schulen auch in den USA zu einem immer größeren Problem wird. Dies hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß in vielen Bundesstaaten (z. B. Californien und Wisconsin) die State Boards of Education die Verteilung der Schulsteuern übernommen haben, um eine ungerechte Mittelverteilung zu verhindern. Der Entscheidungsspielraum der School Boards bei der Gestaltung ihrer örtlichen Schulen wird dadurch unvermeidlich eingeschränkt. Ob sich die School Boards mit dieser Entwicklung abfinden, ist sehr die Frage. Z. Zt. gilt für die meisten noch uneingeschränkt:

„Die heutige Führung von Schulen basiert, in Übereinstimmung mit den bundesstaatlichen Gesetzen und der Verordnung des State Board, auf der Verantwortlichkeit der (lokalen) School Board und ihrer Zuständigkeit für den Betrieb und die Aufsicht für alle Schulen in seinem Distrikt“ (State of New Jersey).

Aus erziehungswissenschaftlicher Sicht entscheidender dürften aber Einsichten sein, die sich auf die Einbindung von Schulsystemen in gesellschaftliche Entwicklungen beziehen (vgl. Leschinsky, Helms). Eine genauere historische Analyse der Entwicklung der amerikanischen School Boards und

ihrer Funktion würde aufzeigen, daß es sich bei dieser schulischen Substruktur keineswegs nur um eine von vielen möglichen Formen gesellschaftliche Beteiligung am Schulsystem handelt, sondern daß die School Boards in den USA sehr eng mit der gesellschaftlichen Werteentwicklung, dem „mainstream of values“ verbunden sind. Dies gilt – wenn auch in anderer Weise – für das deutsche Schulsystem und seine administrative Ordnung ebenfalls. Pointiert formuliert: In dem Maße, in dem die amerikanische Schule Sache der „community“ ist, ist die deutsche Schule eine „Staatschule“.

Aus einer solchen Einsicht ergeben sich Konsequenzen für Ansätze und Möglichkeiten von Schulreformen. Die zahlreichen Reformansätze in den USA seit den 50er Jahren, die von den Schulverwaltungen initiiert und programmiert wurden, sind selten zu einem „grass-roots-movement“ geworden, weil ihnen die Unterstützung durch Eltern und Lehrer in den Gemeinden fehlte. In der BRD hatten und haben es von der Basis ausgehende Reformbewegungen schwer, sich gegen die „Staats“-Administration durchzusetzen. Erst in jüngster Zeit gehen unter neuem schulpolitischem Druck mehr Initiativen von den Gemeinden aus. Beide Beobachtungen deuten darauf hin, daß auch angesichts langdauernder ideologischer Auseinandersetzungen noch Raum für pragmatisches schulpolitisches Handeln zum Nutzen der Schüler/Schülerinnen vorhanden ist.

Literatur

- American Schoolboard Journal (ASBJ), Oct. 1978, Jan. 1980 bis 1989
Campbell, Roald F./Cunningham, Luvern L./Nystrand, Raphael O./Usdan, Michael D.: The Organization and Control of American Schools. Charles E. Merrill Publishing Company, Columbus/Ohio, 5th Ed., 1985
Dichanz, Horst: 20 Jahre Gallup-Umfragen zum Schulwesen in den USA, in: Bildung und Erziehung, 42. Jg., Juni 1989, S. 221–244
Helms, Erwin: Steht das US-amerikanische Schulwesen vor einer Wende? In: Die Deutsche Schule. 77, 1985, 2, S. 141–155
Leschinsky, Achim: Warnung vor neuen Enttäuschungen – Strukturelle Hindernisse für eine Schule der gerechten Gemeinschaft. In: Die Deutsche Schule. 79, 1987, 1, S. 28–43
Rolf, Hans-Günther, u. a.: Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 5, Daten, Beispiele und Perspektiven, Weinheim 1988
Selakovich, Daniel: Schooling in America, New York und London 1984

* I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands: one nation, under God, indivisible with liberty and justice for all.

Horst Dichanz, geb. 1937, Prof. Dr.; Volksschullehrer, Studium der Pädagogik, Soziologie, Philosophie, Promotion 1969, wiss. Mitarbeiter am Deutschen Institut für Fernstudien, Tübingen; seit 1975 Professor an der Fernuniversität – Gesamthochschule – in Hagen, 1983/84 Gastprofessor an der University of Wisconsin-Milwaukee, USA.

Anschrift: Fernuniversität – Gesamthochschule – Hagen, Postfach 940, 5800 Hagen